

## Die Deutschen in Oesterreich.

Wien, 2. Mai. (Priv.-Tel.) Zu den besorgnis-  
erregenden Symptomen aus der deutschen  
Provinz, wo von den Wählerschaften immer stärker und  
schroffer die Abkehr vom österreichischen Staat und die Zu-  
wendung zu rein nationaler Politik gefördert wird, gesellt  
sich seit einiger Zeit ein immer lauter werdendes Schlagwort,  
es gäbe nur eine Rettung für Oesterreich und seine Deutschen,  
das sei die Rückkehr der ehemaligen Bundesländer in  
den deutschen Bund. Ganz abgesehen davon, wie sich  
das Deutsche Reich zu der ihm darin zugemuteten Veränderung  
seiner Struktur und zu der Belastung mit zum Teil nicht-  
deutschen Elementen stellen würde, hielten wir es für ange-  
zeigt, uns an unterrichteter Stelle zu vergewissern, ob es sich  
da nur um eine Schaumblase oder um eine ernst zu nehmende  
politische Bewegung handelt. Wir wandten uns mit der  
Frage an einen leitenden deutschen Abgeordneten. Unser  
Gewährsmann äußerte sich etwa folgendermaßen:

Wir Abgeordnete haben tatsächlich jetzt einen schweren  
Stand, denn unsere Wählerschaften, namentlich in den  
Provinzen, sind in einer Weise radikalisiert, teilweise  
infolge der Ernährungsschwierigkeiten, teilweise infolge der  
Vorwürfe der Slawen, daß uns bei jeder Mahnung zur Be-  
sonnenheit sofort der Vorwurf des Volksverrats in der schroff-  
sten Weise entgegengeschleudert wird. Aber schließlich glauben  
wir doch, daß durch die Arbeit der politischen Organe der Be-  
völkerung und an unserer reiferen Einsicht alle unverantwort-  
lichen Agitationen schrittweise werden. Wir stehen trotz unserer  
trüben Erfahrungen ausnahmslos auf dem Boden des öster-  
reichischen Staates. Am meisten hüten sich die Deutsch-  
Radikalen, die fast eine Regierungspartei geworden sind, vor  
irredentistischen Schlagworten. Abg. Wolff ist ein gut konser-  
vativer Oesterreicher geworden, Abg. Teufel beinahe ein  
Offizier. Wir anderen wissen, daß wir mit den extremen  
Parolen nur den Slawen Wasser auf die Mühle treiben  
würden, wenn auch die Parole: Rückkehr zum Bund, keines-  
wegs irgend etwas Landesverräterisches enthält, wie wir das  
bei den Tschechen und Südslawen konstatieren können. Aber  
für uns ist das Entscheidende einmal, daß das Deutsche Reich von  
uns nichts wissen will, und dann, daß die Versuche, über das  
engere Bündnis hinaus das eigentliche Oesterreich wieder zu  
einem Teile des Deutschen Reiches zu machen, alle Macht-  
faktoren gegen uns vereinigen würden und obenrein gegen  
den slawischen Widerstand nur mit Waffengewalt durchzuführen  
wären. Wir hoffen auch, wenn nicht neue Fehler gemacht  
werden, in absehbarer Zeit die Bevölkerung wieder in die Hand  
zu bekommen und dann mit konservativen Mitteln die Existenz  
der deutschen Bevölkerung in Oesterreich sicherstellen zu  
können. In dieser Auffassung gibt es keinen Unterschied  
zwischen den deutschen Parteien. Es ist ja charakteristisch, daß  
die Radikalen aus den Alpenländern, wo die Aufregung am  
größten ist und am tiefsten geht, sich am radikalsten gebärden.  
Aber gerade bei ihnen wird man wohl unterzeichnen müssen,  
was ein augenblicklich unvermeidliches Entgegenkommen an  
die aufgeregte Wählerschaft und was politische Ueberzeugung  
ist, die vor keiner Konsequenz zurückschert. Ich glaube also,  
kein falscher Prophet zu sein, wenn ich sage, die Parole: Rück-  
kehr in den deutschen Bund, ist totgeboren, allerdings voraus-  
gesetzt, daß nicht neue Fehler gemacht werden.

Wien, 1. Mai. Dem „Neuen Wiener Tagblatt“ zufolge  
nahm gestern die in Bobositz abgehaltene Vollversammlung  
des deutschen Volksrates für Böhmen eine Ent-  
schliebung an, wonach der sofortige Rücktritt des Mi-  
nisterpräsidenten Seidler und die vollständige  
Abkehr von seinem System verlangt wird. Den deutschen Ab-  
geordneten wird bis zur Erfüllung dieser Forderung die rük-  
sichtsloseste Opposition empfohlen. In einer weiteren Ent-  
schliebung werden die von Doktor Litta zur Gründung  
einer deutschen Gemeinschaft unternommenen Schritte gebil-  
ligt, da nur hierdurch eine Befundung der deutschen Politik  
zu erwarten sei.